

abends

Sächsischer Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, N. 10, Holbeinstraße 2
Fernsprecher 21300
Postfachkonto Leipzig Nr. 1479

Wegpreis:
Abgabe A mit illust. Beilage vierteljährlich 2.50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3.00 M. In Österreich 3.50 K.
Abgabe B vierteljährlich 2.50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3.00 M. In Österreich 3.50 K.
Wegel-Nummer 10 4.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags.

Abgaben:
Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm.
Preis für die Zeitungs-Exemplare 30 J. im Halbjahre 1 M., Familien-Kontingenzen 30 J.
Für unentgeltlich geschickene, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen können wir die Beantwortung nicht für die Rückgabe des Originals übernehmen.
Erscheinungszeit der Redaktion: 11-12 Uhr vormittags.

Einzige katholische Tageszeitung in Sachsen.

Organ der Zentrumspartei.

Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Festsabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Der Entwurf des Vorfriedensvertrages.

Endlich Klarheit. Seit einem halben Jahre schwerer Bedrängnisse äußerer und innerer Art hat man uns nun endlich den Friedensvertrag überreicht, der das Schicksal des deutschen Volkes auf Jahre hinaus bestimmen soll. Alle Meldungen der feindlichen und neutralen Presse, die an ihrer Vertrauenswürdigkeit die ernstesten Zweifel bezeugt erscheinen lassen, haben sich bewahrheitet. Und dennoch wird nun ein Aufatmen durch Deutschland gehen, endlich Klarheit, endlich wissen wir, voran wir sind. Es hat keinen Zweck, trüblich darüber nachzudenken, wieviel von den berühmten 14 Punkten Wilsons noch in dem Friedensvertrage enthalten sind, was aus all den schönen Phrasen von Völkerfriede, Selbstbestimmungsrecht usw. geworden ist. Es war eben alles nur Phrase. Die einzelnen Bestimmungen des Vertrages beweisen den vorläufigen Sieg der französischen und englischen Imperialisten über Wilsons Ideen. Allzu leicht scheint dieser Sieg nicht erkämpft worden zu sein. Ist es nicht unverständlich, daß man über ein halbes Jahr gebraucht hat, um all diese allen Forderungen, die ja eigentlich schon seit Jahren uns angedroht worden sind, zu Papier zu bringen.

Es wäre aber wohl verfehlt, daraus den Schluß zu ziehen, unsere Unterhändler würden diese Unstimmigkeiten als Basis benutzen können, um für uns annehmbare Forderungen durchzusetzen. Man kann mit dem gleichen Recht behaupten, daß in dem Sinausbüchern der Verhandlungen eine kluge Methode aus feiten unserer Gegner gebraucht wurde. Denn wer will leugnen, daß die unsichere außenpolitische Lage im Verein mit der Blockade des Ozeans, in das die aus der militärischen Niederlage entstandene Revolution uns gestürzt hatte, immer mehr vergrößert hat und unsere moralische, wie wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit so gut wie vernichtet hat.

Sich erheben Hauptes soll heute das deutsche Volk die Friedensbedingungen des Feindes entgegennehmen. Nach vier Jahren gigantischen Ringens ist es der ganzen Welt gelungen, den Ring der Mittelmächte zu sprengen und zulezt das Haupt dieses Bundes, Deutschland, tödlich zu treffen. Wir können stolz bekennen, daß wir besiegt sind und kalt den maßlosen Haß unserer Gegner als besondere Anerkennung unserer Kraft und Tüchtigkeit buchen und mit einem Gefühl sittlicher Ueberlegenheit hinnehmen.

Die Würde, mit der unsere Staatsmänner und unsere maßgebenden militärischen Führer den höchsten Stellen Ausbrüchen und Beschimpfungen der regierenden Minister der Entente und ihrer Heerführer stets begegnet sind, ist ein ewig unergänzlich Ruhmesblatt deutscher Geschichte. Von dieser kulturellen Höhe vermag uns kein Sieg des Herrn Clemenceau stürzen, wenn wir es nicht selbst tun. So ist denn auch heute die Entscheidung über unsere Größe in unsere Hand gegeben. Mögen unsere, durch die Revolution geborenen Führer den gekürzten Fürsten und ihren Ministern an Würde nicht nachstehen. Mögen sie sich bewußt sein, daß sie unser höchstes Gut, unsere Ehre, rein und fleckenlos zu bewahren können.

So will es uns unmöglich mit der Ehre des deutschen Volkes vereinbar scheinen, daß über den Punkt der Auslieferung des Kaisers und unserer Staatsmänner wie militärischen Führer an ein Gericht unserer Feinde überhaupt debattiert wird. Hier gibt es für einen ehrliebenden Deutschen nur eine Antwort: Ein glattes Nein. Und in diesem Punkte meinen wir, hätte Graf Brockdorff klarer und schärfer umrissen antworten können.

Deutsches Volk, bewahre Deine Würde und Ehre, so möchten wir es laut und vernehmbar in der deutschen Presse heute schallen hören. Ehre verloren, alles verloren.

Zu einer Stellungnahme zu den einzelnen Punkten scheinen wir uns nicht berufen. Wie sich die Dinge entwickeln werden, wird die Zukunft erweisen. Verhandlungen scheinen ja in Aussicht zu stehen. Erst dann, wenn sich aus den Verhandlungen ergeben wird, wieviel die Entente in der Lage ist, ihren Vernichtungswillen in die Tat umzusetzen, erst dann wird der Moment gekommen sein, zu erwägen, ob wir die Verhandlungen abzubrechen haben. Es liegt keinerlei Grund vor, schon heute den Hut sinken zu lassen und alles verloren zu geben. Andererseits erschiene es eine törichte Ueberhebung, der Regierung vom sicheren Hafen der Unverantwortlichkeit aus irgendwelche Haltung anraten zu wollen.

Unseres guten Rechtes bewußt, voll Verachtung für den würdelosen Haß unserer Gegner, wollen wir in stolzer Ruhe die nächste Entwicklung der Dinge abwarten.

D. v. W.

Aufruf an das deutsche Volk.

Berlin, 8. Mai. Der Reichspräsident und die Reichsregierung wenden sich mit folgenden

Aufruf an das deutsche Volk:

Der ehrliche Friedenswille unserer schwer duldbenden Völker hat die erste Antwort in ungemein harten Waffenstillstandsbedingungen. Das deutsche Volk hat die Waffen niedergelegt und alle Verpflichtungen des Waffenstillstandes, so schwer sie waren, ehrlich gehalten. Trotzdem setzen unsere Gegner sechs Monate lang den Krieg durch Aufrechterhaltung der Hungerblockade fort. Das deutsche Volk trug alle Lasten, vertrauend auf die durch die Note vom 5. November von den Alliierten gegebene Zusage, daß der Frieden ein Frieden des Rechtes auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons sein würde. Was uns statt dessen in den Friedensbedingungen geboten wird, widerspricht der gegebenen Zusage, ist für das deutsche Volk unerträglich und auch bei Ausbietung aller Kräfte unerfüllbar.

Gewalt ohne Maß und Grenze

soll dem deutschen Volke angetan werden. Aus solchem aufgezwungenen Frieden mühte neuer Haß zwischen den Völkern und im Verlaufe der Geschichte neues Nordens erwachsen. Die Welt mühte jede Hoffnung auf einen die Völker befreienden und hellenden, den Frieden sichernden Völkerbund begraben. Zerstückelung und Zerreißung des deutschen Volkes, Auslieferung der deutschen Arbeiterschaft an den fremden Kapitalismus zu menschenunwürdiger Lohnsklaverei, dauernde Fesselung der jungen deutschen Republik durch den Imperialismus der Entente, ist das Ziel dieses Gewaltfriedens. Die deutsche Volksregierung wird den Friedensvorschlag der Bergewaltung mit dem Vorschlag des Friedens des Rechtes auf der Grundlage eines dauernden Völkerfriedens beantworten. Die tiefe Erregung, die alle deutschen Volksteile ergriffen hat, legt Zeugnis dafür ab, daß die deutsche Regierung den

geschlossenen Willen des Volkes

zum Ausdruck bringt. Die deutsche Regierung wird alle Kräfte anspannen, um für das deutsche Volk dieselbe nationale Einheit und Unabhängigkeit und dieselbe Freiheit der Arbeit in Wirtschaft und Kultur zu erringen, welche die Alliierten allen Völkern Europas geben wollen, nur unserem Volke nicht. Unser Volk muß sich durch eigenes Handeln retten. Angesichts dieser Gefahr der Vernichtung müssen das deutsche Volk und seine von ihm selbstgewählte Regierung

zusammenstehen ohne Unterschied der Parteien.

Möge Deutschland sich zusammenschließen in dem einmütigen Willen, das deutsche Volkstum und die gewonnene Freiheit zu bewahren. Jede Gedanke der ganzen Nation der Nation gehören jetzt der Arbeit für die Erhaltung und Wiederaufrichtung unseres deutschen Vaterlandes. Die Regierung ruft alle Volksgenossen auf, in diesem schweren Kampf mit ihr auszuhalten im wechselseitigen Vertrauen auf dem Wege der Pflicht und im Glauben an den Sieg der Vernunft und des Rechts.

Der Reichspräsident Ebert.

Die Reichsregierung:

Scheidemann, Dernburg, Bauer, Bell, David, Erzberger, Gothein, Noke, Preuß, Wisse, Schmidt.

An den deutschen Osten.

Berlin, 8. Mai. Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung erlassen folgende Kundgebung an den deutschen Osten:

Die Reichsregierung hat nach dem Bekanntgeben der Friedensbedingungen zum deutschen Volke gesprochen.

Der Bevölkerung der östlichen Provinzen Preußens noch ein besonderes Wort

Die Abtrennung Oberschlesiens vom Reiche, die Angliederung rein und überwiegend deutscher Gebiete Mittel- und Oberschlesiens, Posen, Westpreußens, Pommerns, die Loslösung der alten Hansestadt Danzig, dieser Stützpunkte deutscher Kultur, vom Reiche, sind Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung dieser Gebiete, die durch deutsche Arbeit und deutsche Kultur das erworben, was heute ihre Vorgänge bildet. Diese Eingriffe sind gänzlich unvereinbar mit den vom Präsidenten Wilson feierlich verkündeten Grundfäden. Die für die südlichen Teile der Provinz Ostpreußen geforderte Abtrennung der Be-

völkerung kann diesen Gewaltcharakter der Forderungen, die mit dem Recht und der gegebenen Zusage unvereinbar sind, nicht verhillen.

Die geforderte Abtrennung des Nordostens der Provinz Ostpreußen ist nicht nur einer Bevölkerung Gewalt an, die trotz der von außen her heringetrogenen Propaganda durch und durch deutsch fühlt, sondern verurteilt zugleich die wirtschaftliche Absperrung Deutschlands von den Gebieten des großen russischen Volkes. Mit diesem im ungehinderten Güteraustausch zu bleiben, ist Voraussetzung für das Gedeihen beider Völker. — Die Bevölkerung der östlichen Provinzen Preußens soll überzeugt sein, daß die Regierung der Republik das Neueste anbietet, um diese Gefahr abzuwehren. Dazu ist jetzt mehr als je unbedingt nötig, daß das Volk nationale Disziplin hält und in Einheit und Vertrauen, im Glauben an die eigene Kraft und im tiefen Recht, zusammensteht.

Die Reichsregierung.

Die Preussische Staatsregierung.

Landestraner.

Berlin, 8. Mai. Der Präsident des Reichsministeriums hat an die Regierungen der Zivilstaaten folgendes Telegramm erlassen:

In schwerer Not und sorgenbelastet hat das deutsche Volk in den Monaten des Waffenstillstandes den Friedensbedingungen entgegengeharrt. Mit ihrer Befreiungsgabe ist bitterste Enttäuschung und unglückliche Trauer über das ganze Volk gekommen. Dem Gefühl aller Deutschen wird öffentlich Ausdruck zu geben sein. Auf Beschluß der Reichsregierung werden die Regierungen der Freistaaten ersucht, zu veranlassen, daß für die Dauer einer Woche alle öffentlichen Versammlungen unterbleiben und in den Theatern nur solche Darstellungen zur Aufführung gelangen, die dem Geiste dieser schweren Zeit entsprechen.

Der Friedensauschuß.

Eine Rede Scheidemanns.

Berlin, 8. Mai. Ueber die Sitzung des Friedensauschusses vom 8. Mai, nachmittags 5 Uhr, wird berichtet: Die Mitglieder des Friedensauschusses sind vollständig erschienen, ebenso zahlreiche Mitglieder der Nationalversammlung. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung mit einer kurzen Ansprache, in der er erklärt, der Friedensvertrag bedeutet eine Verwirklichung des deutschen Volkes für ewige Zeiten. Der Friedensauschuß steht jetzt vor einer ungeheuer verantwortungsvollen Aufgabe. Ich erwarte vom Friedensauschuß und der ganzen Nationalversammlung eine Haltung, die nur darauf bedacht ist, der Würde des Vaterlandes und der Not des Volkes gerecht zu werden. Hierauf ergriff der

Ministerpräsident Scheidemann das Wort zu folgender Rede: Der heutige Tag, der uns endlich nach dem sechsmonatigen Martyrium des Waffenstillstandes die Kenntnis der Hauptteile der feindlichen Friedensbedingungen gebracht hat, bedeutet die tiefste Stufe des deutschen Niederganges, ja vielleicht noch nicht einmal. Ein Ja sowohl ein Nein kann uns noch tiefer, noch hoffnungsloser in die staatliche und nationale Zerrückung hinunterstoßen, und all die Nebenbedingungen, die uns bis jetzt noch nicht übermittelt worden sind, die aber aus zahlreichen Nachträgen zu den ersten Depeschen sich schon ankündigen, werden das Wiederankommen durch tausend kleinere und größere Fesseln unmöglich machen. Wir stehen am Grabe des deutschen Volkes.

wenn all das, was sich hier Friedensbedingungen nennt, zur vertraglichen Tatsache wird. Ich kann Ihnen schon angesichts der noch nicht vollständigen Vermittlung der Bedingungen keine reflexe Darlegung von der Stellungnahme der Regierung geben. Aber was ich tun kann und will, ist zu vergleichen: Die Grundlagen, auf denen wir den Waffenstillstand abgeschlossen haben, die von beiden Teilen, von unseren Gegnern und uns, als rechtsverbindlich anerkannt worden sind, und die hauptsächlichsten Bedingungen, so wie sie jetzt vorliegen. Am 5. November 1918 hat der Staatssekretär Lansing an die deutsche Regierung geschrieben: „Die verbündeten Regierungen haben den Schriftwechsel zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig erwogen. Mit dem nachstehenden Begründungen erklären sie ihre Bereitschaft auf Grund der in der Kongressbotschaft des Präsidenten vom 8. Januar 1918 aufgestellten Friedensbedingungen und der in seinen späteren Ansprachen verkündeten Grundfäden einer Auseinandersetzung mit der Regierung Frieden